

## **8. Standesinitiative zur Mitbeteiligung des Bundes an den Ertragsausfällen und Mehrkosten der Spitäler und Kliniken durch COVID-19**

Parlamentarische Initiative Ronald Alder (GLP, Ottenbach), Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf), Markus Bärtschiger (SP, Schlieren), Jörg Kündig (FDP, Gossau), Mark Anthony Wisskirchen (EVP, Kloten) vom 24. August 2020

KR-Nr. 298/2020

### *Ordnungsantrag*

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos):* Sehr geehrter Herr Bischoff, danke zuerst einmal für das klare Votum vorher betreffend die Kettenhunde.

*Ich bitte Sie doch, eine Kurzdebatte hier zu unterstützen.*

Gerade aus dem Grund, weil wir ja gehört haben, dass es bei diesen Standesinitiativen, die jetzt von vielen Parteien unterstützt werden, relativ lange geht in Bern, können wir hier auch eine Kurzdebatte machen und diese unterstützen. Ich danke Ihnen.

### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat lehnt den Ordnungsantrag mit 66 : 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.** Das Geschäft wird in reduzierter Debatte behandelt.

*Ronald Alder (GLP, Ottenbach):* Zunächst meine Interessenbindungen: Ich bin Mitarbeiter des Verbandes der Zürcher Krankenhäuser.

Die Covid-19-bedingten Spitaleintritte nehmen wieder zu. Die Intensivpflegestationen sind zu über 90 Prozent belegt. Der Anteil der Covid-19-Patientinnen und -Patienten ist auf 33 Prozent angestiegen. Das heisst, es kämpfen aktuell circa 60 Personen in Zürcher Spitälern um ihr Leben. Somit ist wieder eine deutliche Zunahme im Vergleich zu Anfang März, als der Anteil knapp 20 Prozent betrug, festzustellen. Wenn es so weitergeht, werden die Spitäler bald wieder Behandlungen verschieben müssen, wie vom letzten November bis in den Januar, als der Anteil Covid-19-Erkrankter 50 Prozent betrug; ein Aufschub, der für die Patientinnen und Patienten oft schwierig zu erdulden und eventuell sogar mit Folgeschäden verbunden ist. Damit dies nicht geschieht, müssen die bestehenden Schutzmassnahmen unbedingt eingehalten werden. Denn nur so können weitere Lockerungsschritte erwogen werden – oder es stehen uns nochmalige Verschärfungen bevor.

Nun zur vorliegenden Standesinitiative, respektive parlamentarischen Initiative. Bund und Kanton gaben den Gesundheitseinrichtungen im letzten Frühling einen definierten Auftrag: Nicht dringliche Untersuchungen, Behandlungen und Operationen durften nicht durchgeführt werden, um die Kapazitäten für die Aufnahme von Covid-19-Patientinnen und -Patienten sicherzustellen. Die Spitäler mussten

Vorhalteleistungen erbringen, dies bei Personal, Infrastruktur und auch Material. Dieser Auftrag wurde von den Spitälern erfüllt, wird nun jedoch vom Kanton nur gering und vom Bund gar nicht bezahlt. In einem Restaurant würde man von Zechprellerei sprechen.

Der Zürcher Regierungsrat hat mit dem Covid-19-Massnahmenpaket entschieden, dass er seinen Anteil an den stationären Behandlungen für allgemeinversicherte Patientinnen und Patienten übernimmt. Somit übernimmt er also nur 55 Prozent der stationären OKP-Behandlungen (*Obligatorische Krankenpflegeversicherung*). Auf dem Rest, den 45 Prozent der stationären allgemeinversicherten Patientinnen und Patienten, die von den Krankenkassen zu decken sind, den ambulanten Behandlungen, den zusatzversicherten Patientinnen und Patienten, bleiben die Spitäler sitzen. Der Rechnung des Kantons des letzten Jahres 2020 ist zu entnehmen, dass er den Spitälern mit dem Covid-Massnahmenpaket 50 Millionen entschädigt. Das heisst, dass die restlichen circa 150 Millionen nicht gedeckt sind. Bundesrat Berset (*Alain Berset*) hat eine Beteiligung durch den Bund mehrmals verneint.

Die Standesinitiative verlangt, dass sich der Bund an den von ihm verursachten Kosten beteiligt und somit seinen erteilten Auftrag entschädigt. Die Tarife sind bei den allgemeinversicherten Patienten nicht kostendeckend. Die Spitäler können sich nur mit der Behandlung von zusatzversicherten Patienten über Wasser halten. Mit dem circa 150 Millionen grossen Finanzloch verschärft sich die finanzielle Situation zusätzlich. An die immer wieder diskutierte Lohnerhöhungen beim Pflegepersonal ist darum gar nicht erst zu denken, im Gegenteil: Der grosse Spardruck, ausgelöst durch Bundesrat Berset, verschärft die Situation zunehmend, weil die Personalkosten 70 Prozent der Totalkosten ausmachen.

Unser Gesundheitssystem, inklusive der dezentralen Spitallandschaft, hat gerade auch in der zweiten Corona-Welle gezeigt, dass es mit grossen Herausforderungen umgehen kann und der Bevölkerung die notwendige Versorgung sichert. Dazu müssen wir Sorge tragen. Ein Abbau des Leistungsniveaus und der Qualität hätte fatale Folgen. Die aktuell ansteigenden Covid-19-bedingten Spitäleintritte, bei denen vor allem auch jüngere Personen betroffen sind, zeigen, dass die Krise noch nicht überwunden ist. Das Gesundheitsfachpersonal in den Zürcher Spitälern bleibt somit stark gefordert – und dies seit Monaten. Die mittlerweile monatelange Auslastung auf sehr hohem Niveau strapaziert die personellen Ressourcen enorm. Damit diese personellen Ressourcen und die Behandlungsqualität auch in Zukunft gewährleistet werden können, muss die Finanzierung auf solidere Beine gestellt werden, indem die Tarife angepasst werden.

Dass der Bund die von ihm erteilten Aufträge entschädigen muss, ist darum für die Grünliberalen selbstverständlich. Deshalb überweist die GLP die Standesinitiative.

*Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf):* Ergänzend zu den Ausführungen von Ronald Alder: Am 16. März 2020 gab der Bund mit einer Verordnung den Gesundheitseinrichtungen einen definierten Auftrag. Er verbot den Gesundheitseinrichtungen, nicht dringend angezeigte medizinische Eingriffe und Therapien zu

stoppen; dies vor allem, damit man die Kapazität für die Aufnahme von Covid-19-Patienten und -Patientinnen sicherstellen konnte. Dies hatte Mehrkosten sowie Mindereinträge bei Akutspitälern, Psychiatrien, Rehabilitationskliniken, Ambulatorien et cetera zur Folge. Gerade diese Institutionen leisten tagtäglich herausragende Arbeit zum Wohle der Bevölkerung. Geschätzter Schaden per Ende 2020: Schweizweit 1,5 bis 1,8 Milliarden Franken. Rund 80 Prozent des Gesamtschadens entfallen auf die Ertragsausfälle aufgrund des Behandlungs- und Operationsverbotes vom 17. März bis 16. April 2020. Gemäss Schätzung des Regierungsrates im Kanton Zürich beläuft sich der Gesamtschaden auf 383 Millionen Franken. Dies belastet die Jahresabschlüsse erheblich. Am 24. Juni erklärte der Bundesrat, dass er sich nicht an den Kompensationskosten beteilige.

Unsere gesundheitlichen Institutionen leisten tagtäglich einen ausserordentlichen und unverzichtbaren Beitrag zum Wohle der Bevölkerung. In Zeiten von Corona zeigen solche Einsätze systemrelevanter Institutionen und Berufsrichtungen, wie wichtig sie für unser Leben sind. Es gilt, diesen Sorge zu tragen und in Bern ein klares Zeichen zu setzen. Aus diesen Gründen gilt ganz klar das Motto: Wer befiehlt, bezahlt. Der Bund und die Krankenkassen – ich betone: auch die Krankenkassen – sollen sich zusammen mit den anderen Kostenträgern angemessen an den Kosten und Ertragsausfällen der Spitäler, Kliniken et cetera beteiligen, die durch die Covid-19-Verordnung des Bundes verursacht wurden.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung, diese Standesinitiative nach Bern zu schicken. Dankeschön.

*Markus Bärtschiger (SP, Schlieren):* Lassen Sie es mich sagen, bevor Sie es denken müssen: Diese parlamentarische Initiative ist ein Lobbybegehren und ich oute mich hiermit auch als Lobbyist und gebe Ihnen meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Verwaltungsratspräsident des Spitals Limmattal. Wobei ich heute weit weniger für das eigene Spital lobbyieren möchte, im Gegenteil: Das Spital Limmattal würde von der in der Begründung der PI als Beispiel genannten Regelung nicht profitieren. Ich und mit mir die SP-Fraktion möchten heute für alle Spitäler, deren Patientinnen und Patienten und das Spitalpersonal lobbyieren. Ich glaube, die Leistung und die Wichtigkeit der Spitäler im Kanton und in der Schweiz wurden in der noch immer laufenden Pandemie zu Genüge herausgestrichen. Aber wurden sie auch genügend honoriert? Nein, wurden sie nicht, im Gegenteil: Mit wenigen Ausnahmen konnten die Spitäler die Verluste durch die Pandemie nicht einfach so wegstecken. Sie sind eh schon ins Korsett des Tarifsystems SwissDRG gezwängt und müssen dementsprechend finanziell kämpfen. Trotz definiertem Auftrag des Bundes – ob er diesen zu Recht so gemacht hat, muss ich hier gar nicht diskutieren – leiden die Gesundheitseinrichtungen zusätzlich. Es gibt sogar vereinzelt Betriebsschliessungen wegen der Pandemie. Gerade die Schliessungen beziehungsweise die Verschlechterung – und hier meine ich nicht nur eine kurzzeitige Verschlechterung des Gesundheitswesens in der Pandemie – dürfen nicht kommentarlos hingenommen werden. Die Qualität des Gesundheits-

wesens und unsere Versorgungssicherheit dürfen keinesfalls durch einen Zufallsgeneratorvorfall geschwächt werden. Wenn wir das wollen, dann bitte geplant und vorher ausdiskutiert.

Es kann nicht sein, dass ganze Industriezweige geschützt und gestützt werden – was ich keinesfalls verurteilen will, im Gegenteil –, die Spitäler aber nur unzureichend Unterstützung bekommen. Die Mehrzahl der Spitäler kann im Gegensatz zu den meisten übrigen Unternehmen keine Kurzarbeitslosenunterstützung beantragen, kriegt aber auch keine Unterstützung von den Besitzern, den Gemeinden und Städten, schlicht, weil dies finanziell nicht drin liegt. So geraten sie schnell einmal zwischen Hammer und Amboss. Die Einnahmen fallen weg oder sind weggefallen. Sie können wegen SwissDRG auch nicht kurz- bis mittelfristig einfach erhöht werden, zumindest, wenn man nicht auf ungewollte Mengenausweitung mit überflüssigen Behandlungen setzen will.

Was passiert dann, wo spart man? Primär wohl bei den Personalkosten und sekundär bei der zu sanierenden Infrastruktur. Da hilft auch nur unwesentlich, wenn nach der Pandemie sozusagen noch Aufhol- oder Aufräumarbeiten geleistet werden können, sprich Patientinnen und Patienten, welche mit ihren Eingriffen zugewartet haben, noch behandelt werden können. Diese Arbeit muss wiederum das bereits überstrapazierte Personal leisten und die Spitäler müssen Überzeit zahlen; nicht wirklich schön, nicht für das Spital und ganz sicher nicht für das Personal. So geht das Spitalpersonal kaputt, wie heute der Tages-Anzeiger titelt, und ich erweitere diesen Titel: So geht das Spitalpersonal kaputt und das Gesundheitswesen dazu.

Wie können wir uns so für die nächste Pandemie rüsten?, frage ich Sie. Wir alle wollen eine gesunde, glückliche und leistungsfähige Bevölkerung. Das Gesundheitswesen – nicht zuletzt die Spitäler – tragen dazu in einem nicht unerheblichen Masse bei. Das heisst, wir müssen aber auch dafür sorgen, dass unser Gesundheitswesen, unsere Spitäler, unsere Leute, die in den entsprechenden Berufen ihr Bestes geben, gesund und leistungsfähig bleiben. Diesen Wunsch, sozusagen von der Basis vorgetragen, muss der Bund wieder einmal unmissverständlich zu hören beziehungsweise zu spüren kriegen.

Darum unterstützt die SP die vorliegende parlamentarische Initiative.

*Jörg Kündig (FDP, Gossau):* Ich reihe mich, was die Interessenbindung angeht, in die Reihe meiner Vorrednerinnen und Vorredner ein. Ich bin Verwaltungsratspräsident eines Regionalspitals im Kanton Zürich (*Gesundheitsversorgung Zürcher Oberland*).

Das Einreichen von Standesinitiativen ist bekanntlich umstritten und der heutige Zeitpunkt, über diese vorliegende parlamentarische Initiative zu diskutieren, ist es ebenfalls. Die Hintergründe wurden ausgeführt, ich glaube, ich muss nicht länger darauf eingehen. Die Lockdown-Phase im vergangenen Jahr und die halbe Lockdown-Phase wie wir sie jetzt leben, führen zu einer Leerung in den Spitälern. 2020 wurden beispielsweise 2000 Betten freigemacht, um eben Covid-Patienten aufnehmen zu können. Mit der Verzichtsanordnung auf elektive Eingriffe wurde zunehmend eine weitere Ertragsquelle der Spitäler verschlossen. Auf die tarifliche

Situation einzugehen erübrigt sich, mein Vorredner hat das bereits getan. Fakt ist aber, dass die Spitäler vor grossen Investitionen stehen. Und wenn sie die Zukunft anschauen und die Spitalliste als drohendes Element am Himmel anschauen, dann ist es doch keine einfache Ausgangslage. Wenn ich dann Stimmen höre, die sagen, dass die aktuelle Situation in den Spitälern ja beste Voraussetzung sei, um die Spitalliste zu erarbeiten und die Spitallandschaft auszudünnen, dann muss ich Ihnen sagen, dass dieser Ansatz sehr gefährlich ist. Wir haben erlebt, dass die Spitäler, dezentral aufgestellt wie sie sind, einen ganz wichtigen Beitrag leisten, um die Grundversorgung der Bevölkerung auch in pandemischen Situationen sicherzustellen. Die Erträge sind weggebrochen, aber die Kosten sind geblieben: Infrastruktur-, Personalkosten und so weiter. Kurzarbeitsentschädigung – kein Thema. Krankenkassen zahlen nichts, weil sie selbstverständlich nur finanzieren, was geleistet wird. Das heisst, die Aussenfinanzierung durch den Kanton Zürich ist erfolgt, aber sehr marginal. Der Bund hat gänzlich darauf verzichtet.

Es geht auch mir nicht darum, einzelne Branchen und Wirtschaftszweige gegeneinander auszuspielen. Aber es ist doch erstaunlich, dass Spitäler als wichtige Hauptträger der Bekämpfung der Pandemie im Gegensatz zu anderen Branchen kein Anrecht auf eine Entschädigung haben sollen. Als Klammerbemerkung könnte noch angefügt werden, dass Gleiches auch für Alters- und Pflegeheime oder die Spitex gilt. In anderen Branchen wird – und das zu Recht – anerkannt, dass die Pandemie massive wirtschaftliche Folgen haben wird, und man ist bereit, Unterstützungspakete zu schnüren. Nicht bei den Spitälern. Die Situation im Jahr 2021 ist wieder ähnlich, nur passiert die Reduktion der elektiven Eingriffe mehr oder weniger freiwillig. Alles, was im Moment geschieht, basiert auf Empfehlungen und nicht auf Anordnungen. Das ist besonders speziell, aber es ist so. Und die Notwendigkeit, auch in den Spitälern mit den Ressourcen, insbesondere den personellen Ressourcen, vorsichtig umzugehen, sorgt dafür, dass die elektiven Eingriffe tief sind, wie in den Vorjahren. So weit, so gut.

Zur aktuellen Situation: Wir haben es geschätzt und damals wurde die parlamentarische Initiative eingereicht, um die Bemühungen unserer Gesundheitsdirektorin (*Regierungsrätin Natalie Rickli*) in Bern zu stützen, auf dem Verhandlungsweg mehr Geld vom Bund zu erhalten. Leider war die ganze Aktion, das ganze Bemühen, nicht von Erfolg gekrönt – schade. Und dass wir heute über die PI diskutieren ist natürlich auch sehr verzögert und hat nicht den damals gewünschten Effekt. Das Anliegen bleibt aber unverändert. Wer verlangt, dass sich die Spitäler und die Gesundheitsversorger auf einen Sonderfall ausrichten, der sollte auch die finanziellen Konsequenzen tragen. Der Bund hat das eine getan und das andere schöne weggelassen. Das soll sich für die Zukunft ändern.

Deshalb wird die FDP die PI vorläufig unterstützen. Besten Dank.

*Nora Bussmann Bolaños (Grüne, Zürich):* Als Einzige, die bisher zu diesem Geschäft gesprochen hat, habe ich keine Interessenbindung. Auf den ersten Blick ist diese PI ja durch und durch sympathisch und man kann sie ja eigentlich gar nicht ablehnen. In ihr kommt zum einen die Sorge um unsere Spitäler, die in der Pandemie bisher grossartige Arbeit geleistet haben, zum Ausdruck, und zum anderen

auch die Sorge um unsere Kantonsfinanzen. Wieso also nicht in Bern Druck machen und Beiträge vom Bund und den Krankenkassen einfordern?

Was auf den ersten Blick also politisch unterstützenswert klingt, hat aber bei näherer Betrachtung ein paar Haken: Zum einen liegen die Spitäler nicht im Aufgabenbereich des Bundes. Die stationäre Gesundheitsversorgung ist in der Verantwortung der Kantone. Das haben die Kantone Bern und Graubünden anscheinend schon im März 2020 erkannt, als sie ohne Abwarten auf Zusagen von Bund und Krankenkassen gleich verordnet haben, dass der Kanton für die coronabedingten Mehraufwendungen und Ertragsausfälle aufkommen werde. Zweitens: Bei den auch bei uns nicht sehr beliebten Krankenkassen Geld einzufordern, mag auch verlocken. Aber auch hier gilt es zu bedenken, dass die Krankenkassen für zusätzliche Corona-Leistungen aufkommen müssen. Sie bezahlen zum Beispiel einen grossen Teil an die Impfungen und werden auch für vorerst verschobene Eingriffe zum Teil später bezahlen müssen. Zudem – das ist in unserem Gesundheitssystem so vorgesehen – sind die Krankenkassen nicht für die Gesundheitsversorgung, sondern für die Rückerstattung von bezogenen Leistungen ihrer Versicherten zuständig. Es wird also kaum möglich sein, mittels einer Standesinitiative via Bund Geld für den Ertragsausfall der Spitäler zu erhalten.

Wir können schon darum streiten, wer wie viel bezahlen muss, Fakt ist: Es sind nicht Bund, Kantone oder Krankenkassen, die letztendlich bezahlen, sondern immer die Steuer- und Prämienzahlerinnen und -zahler. Es handelt sich also um eine Art sinnlose Verteildebatte, die wir hier führen. In puncto Verteildebatte möchte ich in Erinnerung rufen, dass der Bund bereits 90 Prozent der Pandemiekosten trägt, die Kantone lediglich 10 Prozent. Das dürfen wir auch als Kantonsvertreterinnen und -vertreter dankend zur Kenntnis nehmen. Also müssen wir uns eigentlich vielmehr folgende Fragen stellen: Wie schlecht ist es um die Spitäler tatsächlich bestellt? Und hat der Kanton genug getan?

Wir erinnern uns und wir haben es auch schon gehört: Im Juni 2020 haben wir hier ein Massnahmenpaket zur Unterstützung der Spitäler beschlossen. Zudem hat der Regierungsrat im November zusätzlich knapp 15 Millionen für die Bereitstellung und Behandlung von Covid-Patienten in den A-, B- und C-Spitälern gesprochen. Wir Grüne haben diese Massnahmen selbstverständlich unterstützt. Der vorliegende Vorstoss ist eben auch Lobbying von Spitalvertreterinnen und -vertretern, wir haben es ja auch schon gehört. Sie haben letzten Sommer in Unkenntnis der weiteren Entwicklung vorsorglich Alarm geschlagen, was auch ihr gutes Recht ist. Nun kennen wir erste Zahlen aus den Spitälern zu ihren Jahresabschlüssen 2020. Es erstaunt nicht, dass einige, wie zum Beispiel Waid und Triemli (*Stadtspitäler*), aber auch das Universitätsspital, einen Verlust erzielen. Es gibt aber auch andere, wie das Kantonsspital Winterthur, die einen kleinen Gewinn erzielen konnten und daher keine Entschädigung des Kantons erhalten. Aber auch die Verschlechterung des Budgets im Waid/Triemli fällt – Zitat aus dem Tages-Anzeiger vom 17.03.2021 – «weniger deutlich aus als erwartet». Und gestern in der «NZZ am Sonntag» war zu lesen, dass die Krankenkassen gleich viel Geld für Leistungen der Spitäler überwiesen haben wie im Vorjahr. Da kommen einem

schon Fragen auf, die Frage auch, ob es den Spitälern tatsächlich – und wenn ja, tatsächlich nur wegen Corona – finanziell schlecht erging im vergangenen Jahr. Eine Übersicht über die Rechnungsabschlüsse und die Auszahlungen des Kantons liegt noch nicht vor. Die Pandemie ist noch nicht vorüber und es wird sich erst zeigen, wie gross der Aufholeffekt sein wird. Eine abschliessende Beurteilung der Pandemiefolgen für die Spitäler ist noch nicht möglich. Wir Grüne bieten aber gerne Hand für die nötigen kantonalen Unterstützungsleistungen für unsere Spitäler, wenn sie denn gerechtfertigt sind. Sicher wollen wir unsere Spitäler und vor allem auch das unermüdlich arbeitende Personal nicht im Regen stehen lassen. Verwenden wir unsere Zeit also lieber darauf, darüber zu diskutieren, welche Unterstützung die Spitäler und das stark belastete Personal wirklich brauchen und wie der Kanton diese gewähren kann, statt diese Standesinitiative nach Bern zu schicken. Wir Grünen werden diese PI nicht überweisen.

*Kaspar Bütikofer (AL, Zürich):* Die Spitäler und das Pflegepersonal haben Grosses geleistet in der Corona-Pandemie, das steht ausser Frage. Dennoch wird die Alternative Liste diese PI nicht vorläufig unterstützen. Es handelt sich hier um keine schöne parlamentarische Initiative. Sie ist unschön, weil die Spitäler heute fast so schlimm jammern wie die Bauernlobby. Aber diese PI ist geradezu wüst, weil es ein Lobbyistinnen- und Lobbyisten-Vorstoss ist. Wir haben es gehört: Herr Alder ist Cheflobbyist des Verbandes der Zürcher Krankenhäuser, Frau Hofer ist im Verwaltungsrat des Spitals Uster, Markus Bärtschiger ist Verwaltungsratspräsident des Limmattal-Spitals, Mark Wisskirchen ist Verwaltungsrat im Spital Bülach und Jürg Kündig ist Verwaltungsratspräsident des Spitals Wetzikon.

Nun also wollen die Spitäler die Hand hinhalten und verlangen Geld vom Bund und von den Krankenkassen. Sie tun das aber, ohne ihre eigenen Fehler zu hinterfragen. Die Spitäler haben in der Vergangenheit immer für mehr Markt und mehr Wettbewerb lobbyiert. Sie haben sich dafür eingesetzt, dass die Bedarfsfinanzierung wegfällt, sie haben sich gegen die Einmischung des Staates gewendet. Und nun rufen sie nach dem Staat und wollen Geld. Sie rufen nach dem Staat, statt die eigenen Fehler zu hinterfragen. Sie haben zum Teil zu wenig gemacht in der Pandemievorsorge, obwohl wir seit der Vogelgrippe wissen, dass es jederzeit zu einer Pandemie kommen kann. Aber sie haben lieber das Wettrüsten unter den Spitälern angeheizt und ihre Kapazitäten munter ausgebaut. Wenn wir den Bericht der Subkommission zur Corona-Problematik anschauen, dann lesen wir, dass noch im September 2019 Bund und Kanton die Spitäler angehalten haben und empfohlen haben, dass sie ein Lager mit Schutzmaterial, das heisst Hygienemasken, Handschuhe, Desinfektionsmittel und so weiter, anlegen. Aber offenbar ist dies unterblieben oder zu wenig stark gemacht worden. Wenn wir also jetzt mit dem Finger auf Bundesrat Berset zeigen und sagen, er habe den Spitälern verboten, elektive Eingriffe vorzunehmen im Vorfeld der ersten Welle, dann muss man das auch vor dem Hintergrund sehen, dass eben zu wenig Schutzmaterial vorhanden war und dass man das schonen musste. Wenn jetzt also die Schuld auf den Bund abgewälzt wird, so ist das heuchlerisch. Die Spitäler müssen auch kritisch hinterfragen, wo

sie selbst ihre Fehler gemacht haben. Unschön ist letztendlich auch, dass jetzt quasi die Mängel im Management behoben werden sollen, indem gesagt wird, das Personal müsse diese Fehler bezahlen.

Wir werden diese parlamentarische Initiative nicht vorläufig unterstützen. Besten Dank.

*Lorenz Schmid (Die Mitte, Männedorf):* Es tut mir leid, dass die Mitte sich nicht in den Reigen des Rufes nach dem Staat einreihet. Schauen Sie doch auf die Fakten: Weder hat Bundesbern in den Parlamenten oder im Bundesrat ein Interesse an einer solchen Beteiligung gezeigt, noch sehen wir irgendeine Mehrheit bei den Kantonen, die eine solche Mitbeteiligung der Mitfinanzierung des Bundes unterstützen würde. Deshalb: Was soll diese Standesinitiative? Lieber Ronald, liebe liberale Initianten, die ihr doch weniger Steuern für unsere Zürcher Bevölkerung fordert, warum fordert ihr eine Mitbeteiligung über den Bund? Wächst denn Geld aus dem Boden? Jeder Franken, den wir aus Bundesbern abholen, muss irgendwie erwirtschaftet werden – von uns, von uns Steuerzahlern. Und ich kann euch garantieren: Der wirtschaftsstarke Kanton Zürich zahlt für jeden Franken aus Bundesbern mehr, als er bekommt. Sässen wir im Parlament eines wirtschaftsschwachen Kantons würde ich diesen Vorstoss nachvollziehen können – vielleicht –, jedoch nicht für den Kanton Zürich. Wir bezahlen mehr über unsere Steuerzahler, die Bundessteuern zahlen, als wir an einem Franken aus Bundesbern abholen.

Kommen wir zur Behauptung, die Spitäler hätten in der Pandemie geblutet: Die «NZZ am Sonntag» – und mit ihr Verena Noll (*Direktorin des Krankenkassenverbandes Santésuisse*) – titelt das Gegenteil, «Die Krankenkassen haben gleich viel Geld überwiesen wie im Vorjahr.» Nun, was auch immer richtig sei: Spitäler, die um ihre Zukunft fürchten, hatten schon vor Corona und haben weiterhin eine dünne Finanzdecke. So recht hast du doch, liebe Nora: Einen Fallschirm zu fordern ist nicht zielführend. Liebe Initianten, in Parallelität zur Privatwirtschaft wäre meines Erachtens der alleinige Weg, den Spitälern ebenfalls die Kurzarbeitsentschädigung zu garantieren. Diese stünde wirklich im Verhältnis zum Arbeitsverbot, jedoch nicht die geforderte «staatistische» – ich schreibe es mit zwei «a» – oder staatliche, um nicht zu sagen sozialistische Ausfallsentschädigung. Diese droht nur strukturelle Defizite mitzufinanzieren, womit die Absicht der Initianten eruiert ist: Es ist alleinig nur eine Eigennutzinitiative. Wir werden nicht überweisen.

*Jörg Kündig (FDP, Gossau) spricht zum zweiten Mal:* Ich gestatte mir, das Wort zum zweiten Mal zu ergreifen, insbesondere Kaspar Bütikofer hat mich schon herausgefordert. Wer die Idee hat, dass die Verantwortlichen in den Spitälern diese Situation einfach vorbeigehen lassen, ohne dass sie Massnahmen ergreifen, der täuscht sich gewaltig. Wir haben in vielen Spitälern Personalstopp-Situationen, wir haben Abbau-Themen beim Personal und man versucht, die Fixkosten zu reduzieren. Und das hat nichts mit dem Schutzmaterial zu tun, das angesprochen wurde, sondern es geht vor allem darum, dass im Jahr 2020 – ich wiederhole es gerne nochmals – 2000 Betten in den Spitälern leer waren, und zwar bewusst

leer, auf Anordnung von Bundesrat Berset. Er hat gesagt: Macht das! Wenn wir die Situation vergleichen mit anderen Wirtschaftszweigen, dann ist es nicht einsehbar, dass eine Anordnung nicht mit den entsprechenden – auch finanziellen – Unterstützungsmassnahmen begleitet wird. Lorenz Schmid, wenn ich da höre, dass die Mitte sich gegen staatliche Eingriffe wehrt, dann muss ich sagen: Was haben wir bei den Kitas (*Kindertagesstätten*) gemacht? Ich glaube, es war ein Nationalrat der Mitte (*Philipp Kutter*), der vehement Geld gefordert hat für die Kitas, und der Kanton Zürich hat sich daran beteiligt. Wenn man schon irgendwo auf das Pferd setzt, man wolle nicht, dass der Staat da eingreife und finanziell unterstütze, dann stimmt das schon nicht ganz.

Ich meine, wir haben eine schwierige Situation in den Spitälern und es ist schon so, dass dieser Druck irgendwann Konsequenzen haben wird. Und wenn wir alle – und ich glaube, das ist der Konsens – eine breit abgestützte, dezentrale medizinische Grundversorgung angehen und weiterhin haben wollen, dann ist es angezeigt, die nötigen Massnahmen zu ergreifen. Die PI kommt sicherlich etwas spät, aber ich glaube, das Signal ist entscheidend: Bund, Herr Bundesrat Berset, wenn Sie etwas anordnen, dann tragen Sie auch finanziell die Verantwortung dafür. Besten Dank.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

#### *Abstimmung*

**Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 298/2020 stimmen 124 Ratsmitglieder.** Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.